



Dr. Jürgen Großmann
Vorsitzender des Vorstandes RWE AG

**„Kehrtwende in der deutschen Energiepolitik –
was bedeutet das für die Industrie?“**

Dem Übersee-Club danke ich für die Ehre, die diesjährige Abendansprache übernehmen zu dürfen. Den Termin habe ich schon vor Wochen angenommen – weit vor Fukushima und den derzeitigen Wendungen in der deutschen Energiepolitik. Der Titel meiner Rede ist allerdings erst vor Kurzem entstanden.

Als Kind des Ruhrgebiets bin ich umgeben von Industrie groß geworden. In dem Jahr, in dem ich geboren wurde, wurden die D-Mark vier Jahre, die Bundesrepublik drei Jahre und die Montanunion zwei Jahre alt. Das Revier war das industrielle Kraftzentrum und half, Westdeutschland wieder aufzubauen. Knapp 40 Jahre später war Deutschland wieder vereinigt. Und wieder war es unsere industrielle Basis, die es möglich machte, die Wirtschaft und die Infrastruktur im Osten Deutschlands zu erneuern.

Auch in der letzten weltweiten Wirtschaftskrise ist Deutschland wegen seiner breiten und diversifizierten industriellen Basis schneller und besser als andere Länder wieder nach oben gekommen. Was mir aber Sorgen macht, ist, dass über die Jahre unsere ordnungspolitischen Grundlagen brüchig geworden sind. Mit einer hastig beschlossenen Energiewende wird unsere Industriestruktur aufs Spiel gesetzt. Für diese industrielle Basis möchte ich heute Abend eine Lanze brechen. Darum geht es.

Hamburg ist eine vergleichsweise reiche Stadt. Das muss ich Ihnen nicht sagen. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt rund 60% über dem Bundesdurchschnitt. Die Stadt lebt traditionell durch das Wasser. Auch heute noch. Könnte Hamburg die Industrie daher nicht eigentlich egal sein? Ich denke nein. Auch hier stellt die Industrie rund 100.000 Arbeitsplätze: Stahl, Kupfer, Aluminium, Airbus. Und ein bisschen auch RWE Dea. Von Hamburg aus steuert der RWE-Konzern seine international ausgerichtete Förderung von Öl und Gas.

Von meiner eigenen Georgsmarienhütte kann ich in diesem wertschaffenden Zusammenhang nicht sprechen. Aber immerhin hat sie einen Schreibtisch in dieser Stadt. Und: sie wurde in ihren wirklichen Anfängen – also weit vor meiner Zeit – zur Mitte des 19. Jahrhunderts von Hamburger Kapital mitgegründet. Es war der Hamburger Bankier Cesar Godeffroy, der sich 1866 zur Kapitalbeschaffung für ein Grundstück und ein neues Stahlwerk in Osnabrück verpflichtete. 125 Jahre später habe ich die Georgsmarienhütte übernommen und gemeinsam mit den Arbeitnehmern durch eine harte Sanierung geführt.

Meine Damen und Herren,
neue Arbeit – so hat es der BDI-Präsident Keitel dieser Tage treffend formuliert – entsteht nicht durch gesetzliche Vorgaben, sondern durch Innovationen. Hier ist Deutschland führend. Aber auch ein Weltmeister kann große Höhen nicht aus dem Stand springen, nur weil Funktionäre oder Zuschauer die Latte hochlegen. Er braucht Anlauf. Und oft sind es gerade die energieintensiven Industrien, die die Fundamente legen für

klimaschonende und energieeffiziente Produkte und Prozesse, die auf den Weltmärkten reüssieren. Das gilt es derzeit mit zu bedenken, wenn überall die Wünsche einer Energiezukunft auf rein erneuerbarer Basis als bare Münze gehandelt werden.

Ich bin weiß Gott kein Fortschrittsverweigerer. Ich hoffe und ich setze auf die erneuerbaren Energien. Ich sehe aber auch deren Leistungsfähigkeit und ihre Grenzen. Richtig ist mit Blick auf den gewollten Umbau der deutschen Energiewirtschaft: Das Alte trägt nicht mehr, aber das Neue trägt noch nicht. Eine 100%ige Vollversorgung auf Basis erneuerbarer Energien bis 2050 ist und bleibt eine Herkulesaufgabe.

Dies bedeutet nicht, von vorneherein aufzugeben. Aber es ist eine Aufforderung, wirtschaftliche Vernunft zu bewahren. Wir können und dürfen jetzt auf dem Höhepunkt der Emotionen nach den Ereignissen in Japan keine unumkehrbaren Festlegungen für die kommenden Jahre machen. Wir müssen uns Freiheitsgrade erhalten. Und mit kühlem Kopf handeln. Hinzu kommt: Der Umbau der Energieversorgung trifft zusammen mit drei weiteren Aufgaben, die uns für die kommenden Jahre vorgegeben sind und die unsere politischen und finanziellen Kräfte stark beanspruchen werden: die dauerhafte Sicherung der Europäischen Währungsunion, der Abbau der Staatsverschuldung und die Bewältigung der Folgen der demografischen Revolution.

Der britische Wissenschaftsjournalist Matt Ridley hat Ende des vergangenen Jahres ein wunderbares Buch vorgelegt mit dem Titel: „The Rational Optimist“ – ebenso provozierend wie treffend, was nicht immer dasselbe ist. Ridley sagt: Die Evolution des Menschen verläuft parallel zur Entwicklung des Handels.

Hamburg ist ein großartiger Beleg für seine These: Bis heute ist diese Stadt ein offenes Tor zur Welt, in wenigen Häfen weltweit werden jedes Jahr mehr Waren umgeschlagen. Und wo Waren gehandelt werden, da werden auch Ideen und Weltsichten getauscht. Ohne Handelsplätze wie Hamburg wäre auch die kreativste Industrie nicht viel wert.

Jedes Jahr am 7. Mai feiern Sie den Überseetag anlässlich der Verleihung der Hafenrechte durch Kaiser Friedrich Barbarossa im Jahre 1189. Sie vom Übersee-Club wissen nicht nur um den Wert internationaler Beziehungen, sondern auch um den Wert der Hamburger Piere und Speicher und Schlepper … und nebenbei auch einer gelegentlichen Elbvertiefung.

Der eben angeführte Matt Ridley geht übrigens noch einen Schritt weiter: Er preist nicht nur das ökonomische Prinzip des Handels als Motor allen Fortschritts, sondern er betont auch die mentalen Voraussetzungen. Handel, so Ridley, ist nur möglich, wenn ein Mindestmaß an Vertrauen und Verlässlichkeit herrscht. Will ich nicht nur ein schnelles Schnäppchen, sondern eine dauerhafte Handelsbeziehung, dann sollte ich meinen Partner fair behandeln. Und er mich vielleicht auch.

Vertrauen ist kein Wert an sich, sondern eine sehr vernünftige Basis. Das hanseatische Leitbild vom ehrbaren Kaufmann steht exakt für solche Werte wie den Handschlag, der Vertragsqualität hat. Herrschte überall im Land diese Mentalität, dann wäre vieles leichter, im Moment vielleicht sogar für mich.

Denn in meiner Doppelrolle als Industrie-Unternehmer und als Vorstandsvorsitzender eines Energiekonzerns bekomme ich die derzeitigen politischen und gesellschaftlichen Aufwallungen gleich aus zwei Perspektiven geliefert. Freunde des Surrealen mögen sich darüber amüsieren können. Aber als jemand, der Verantwortung trägt, ist man manchmal der Verzweiflung nah. Dies entspricht zum Glück nicht meinem Naturell.

Meine Damen und Herren,
bezahlbare Energie bleibt das Rückgrat von Wohlstand und sozialem Frieden. Auch hier fungiere ich als Kronzeuge. Meine Georgsmarienhütte-Gruppe arbeitet zwar energieeffizient – und dennoch energieintensiv. Und sie gibt 10.000 Menschen Lohn und Brot.

Die durch das Moratorium bereits erfolgte Strompreiserhöhung trifft uns mit einem zweistelligen Millionenbetrag, der sich noch weiter fühlbar erhöhen wird, wenn Ausnahmeregelungen vom „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ fallen sollen, wie es die Bundesregierung ebenfalls plant. Auch für meine Mitarbeiter und mich gilt übrigens das hanseatische Prinzip des Vertrauens. Gegen einen ordentlichen Handschlag kommt der beste Controller nicht an.

Mehr von diesem Vertrauen hätte ich gern auch in unserer Politik. Denn kurzfristige Kehrtwenden in der Energiepolitik haben handfeste wirtschaftliche Konsequenzen. Für die Industrie, die wettbewerbsfähige Strompreise braucht. Und für jeden privaten Haushalt auch. Die „Welt am Sonntag“ formulierte es am 10. April drastisch: „Die Grenzen der Gesinnung sind erreicht. Die soziale Kernschmelze wird gewiss nicht klein ausfallen. Und die nächste Stromrechnung kommt bestimmt.“

Für Vertrauen und Verlässlichkeit stehen der Deutsche Bundestag und unsere rechtsstaatliche Ordnung. Sowohl bei der Euro-Krise wie bei der laufenden „Energiewende“ müssen wir erleben, dass die Bundesregierung – teilweise im Zusammenwirken mit anderen europäischen Ländern – die Bindungswirkung von Gesetzen und Verträgen, von deutschem und europäischem Recht, außer Kraft setzt. Als RWE sich entschlossen hat, die Folgen dieser Verletzung rechtlicher Bindungen einem Gericht zur Prüfung vorzulegen, wurde vor allem ich persönlich mit heftigen Vorwürfen konfrontiert. Aus diesen Vorwürfen muss ich wohl schließen, dass wir es sind, die das Recht ebenso verletzen wie die selbst definierte Political Correctness. In Wirklichkeit jedoch geht es um das Vertrauen in die Verlässlichkeit von Bindungen, denen auch eine Regierung im Rechtsstaat unterworfen ist. „Government under the law“ ist die Grundlage jeder freiheitlichen Ordnung.

Ein Notstand, der ein derartiges und hiervon abweichendes Verhalten rechtfertigen könnte, ist nicht erkennbar. Dass die Sorgen, die mich zu diesen Feststellungen veranlassen, nicht grundlos sind, zeigt im Übrigen die aktuelle Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats für Globale Umweltveränderungen. Hier wird unter Leitung des Potsdamer Klimawissenschaftlers Schellnhuber vorgeschlagen, eine neue „Zukunftsammer“ einzurichten, die am Deutschen Bundestag vorbei Entscheidungen trafe. Das Parlament bekäme dann noch einen „Ökorat“. Ich halte eine solche Entmachtung der Legislative für undemokratisch und gefährlich. Selbst Günter Grass warnt neuerdings vor einer „Ökodiktatur“.

Vertrauen und Verlässlichkeit, die Kernwerte Hamburgs, kann ich im Berliner Regierungsviertel beim besten Willen derzeit nicht entdecken. Mit der Ethikkommission zur Kernenergie wird nun zum ersten Mal über einen Wirtschaftszweig „zu Gericht gesessen“ – sogar mit kirchlichem Segen. Die Ethikkommission soll wohl nun die Begründung für das überstürzte Handeln der Bundesregierung liefern. Näher liegt die Vermutung, dass sie berufen wurde, um die politischen Kosten für die übereilte Handlungsweise der Regierung zu senken.

Bedeutsamer für die deutsche wie die europäische Politik ist an diesem Vorgang jedoch der Anspruch, der mit ihr geltend gemacht wird. Dieser Anspruch besagt, Deutschland werde im Falle der Kernenergie einen Sonderweg gehen. Offenbar hat man im Eifer des Gefechts übersehen, dass sich die Wirkungen der ethischen Rechtfertigung dieses

Weges nicht auf Deutschland beschränken lassen. Unsere europäischen Nachbarn werden ebenfalls betroffen sein, etwa durch europaweit steigende Strompreise. Sie hätten nach den Vorgängen der vergangenen Wochen durchaus Anlass, uns entweder für verantwortungslos emotional oder anmaßend zu halten.

Sie können es dabei entweder mit Carl Friedrich von Weizsäcker halten, der schon vor einigen Jahren feststellte: „Die politischen Reaktionen, die man bei uns bekommt, sind zu sehr von zwei Elementen bestimmt: Lethargie und blinder Emotion.“ Oder sie können sich auf Helmut Schmidt berufen, der erst vor wenigen Tagen davor warnte, „die gegenwärtige Dreifach-Katastrophe in Japan für innerdeutsche Pro- und Kontra-Argumentationen zur Kernenergie zu nutzen“. Oder sie können sich daran erinnern, dass Deutschland schon in der Geschichte mit der Anmaßung aufgefallen ist, dass an unserem Wesen die Welt genesen soll. Es ist dieser offensichtliche Verlust der europäischen ebenso wie der historischen Dimension der deutschen Auseinandersetzung um die Zukunft der Kernenergie, die mir Sorge bereitet. Sie wird auf unsere Stellung in der Europäischen Union nicht ohne Auswirkungen bleiben, zumal sich Deutsche sowohl in der Libyen-Frage wie in den bisherigen Bemühungen um die Stabilisierung des Euro Sonderwege geleistet haben. Rational und verständlich für unsere Nachbarn und Bündnispartner haben wir beides bisher nicht zu erklären vermocht.

Meine Damen und Herren,
zurück zur Energiepolitik. Wir werden die Leistungsträger Kohle und Kernenergie für den sicheren und wettbewerbsfähigen Umbau unserer Energiesysteme noch eine ganze Weile brauchen. Einen schnellen Umstieg mag die Solarbranche erhoffen und der staatliche französische Stromkonzern EDF sich wünschen, die deutsche Industrie aber fürchtet einen solchen Alleingang. Und das mit Recht, wie eine aktuelle Studie des BDI dokumentiert. Hiernach steigen die Strompreise bei einem schnellen Ausstieg aus der Kernenergie um ein Drittel.

Auch hier in Hamburg dürfen wir bei allen Hoffnungen auf ein „Jobwunder aus erneuerbaren Energien“ nicht vergessen, dass die erhofften 3.000 zusätzlichen Arbeitsplätze pro Jahr teilweise auch zulasten bestehender Beschäftigung in der Industrie gehen werden. Nehmen Sie als Beleg den Appell der Hamburger Industrie im Hamburger Abendblatt vom 29.4., in dem vor dem Verlust einiger Tausend Arbeitsplätze gewarnt wird.

Beim Umbau der Energiewirtschaft mangelt es aber nicht nur an wirklichen Alternativen bei den Primärenergieträgern, sondern vor allem an Netzen von Nord nach Süd und Ost nach West. Wir reden hier über fehlende 3.000 km Leitungen.

In den letzten 8 Jahren wurden gerade mal 80 km an neuen Leitungen gebaut. Seit der Wiedervereinigung haben wir gerade mal zwei große Stromautobahnen von den alten in die neuen Bundesländer geschafft. Wenn wir in dem Tempo weitermachen, brauchen wir mehrere 100 Jahre für den Übergang in das Erneuerbare Zeitalter.

Wenn es um den Tierschutz geht, leisten wir uns jeden nur erdenklichen Luxus. Wenn es um unsere Wirtschaft geht, sind wir nicht so sensibel. Wir tragen Frösche über die Straße, aber auch bald die Industrie zu Grabe, wenn wir es nicht schaffen, diese Leitungen auch zu bauen und neue Energie aus dem Meer auch in den Süden der Republik zu liefern. Wir Deutschen demonstrieren gern gegen alles: gegen neue Bahnhöfe, gegen neue Netze, gegen neue Kohlekraftwerke oder die Elbvertiefung in Hamburg. Warum wird bei solchen Verhinderungsprozessen nicht mal eine Ethikkommission installiert?

Meine Damen und Herren,
wir haben derzeit 17% erneuerbare Energien, mit deren Stromerzeugung
wir uns stark vom Wetter abhängig machen. Bei Wind haben Sie eine
sichere Verfügbarkeit von nur 15% der installierten Leistung. Mit ande-
ren Worten: nur jedes siebte Windrad ist wirklich „zum Nennwert“ be-
lastbar. Bei der Photovoltaik liegt dieser Verlässlichkeitswert bei nahe
Null. Es gibt keinen Industriestandort auf der Welt, der bislang auch nur
ansatzweise von Wind und Sonne versorgt werden kann. Die gewohnte
Zuverlässigkeit der deutschen Stromversorger nehmen wir als gegeben
an. Das ist leichtfertig. Denn die Wahrheit lautet: Wir leben hier deutlich
von der Substanz, die die deutschen Energie-Konzerne seit der Markt-
liberalisierung 1998 aufrechterhalten haben, obwohl sie dazu gesetzlich
nicht mehr verpflichtet sind.

Die FAZ kommentierte diesen Sachverhalt am 12. April treffend: „Die
Politik muss aufhören, Sehnsüchte nach dem solaren Paradies zu wecken
und die Warner als „Dinosaurier“ abzustempeln. Jetzt müssen den Bürgern
die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Kosten präsentiert
werden. Noch eine Wende in der Energiepolitik hält das Industrieland
Deutschland nämlich nicht mehr aus.“ Mit anderen Worten gilt auch in
der Energiedebatte: Fortschritt ist der Weg zurück zur Vernunft.

Wir müssen uns ein Stück ehrlicher machen. Nehmen Sie als Beispiel
eine Stadt wie Freiburg – die selbsternannte „Solarstadt Deutschlands“. Ich
mag diese Stadt. Ich habe selber einmal dort studiert – na ja, ich habe
dort gelebt und dann den Studienort gewechselt, sonst hätte ich wohl
keinen Abschluss gemacht. Vor sieben Jahren wurde dort beschlossen:
Zehn Prozent des Stroms sollen erneuerbar sein bis 2010. Der Stromver-
brauch sollte um zehn Prozent sinken.

Die nüchterne Bilanz für 2010: Stromverbrauch plus 3 Prozent. Und
der Anteil erneuerbarer Energien stagniert bei 3,7%. Woher kommen die
übrigen 96,3%? Aus Kraftwerken in Baden-Württemberg und aus dem
benachbarten Ausland. Der Strom aus der Schweiz stammt unter ande-
rem aus einem Pumpspeicherwerk. Nachts wird das Wasser mit dem
Strom eines dortigen Kernkraftwerks nach oben gepumpt. Am Tag läuft
es dann als „Ökowasser“ wieder nach unten. Was für eine „Energie-
wende“. Sehr wahrscheinlich darf man in Freiburg auch keine Pfirsiche
und Aprikosen mehr essen, weil es sich ja um „Kernobst“ handelt.

Sie meinen, das ginge nur im Süden? Ich bitte um Verzeihung, aber
Hamburg ist beim Thema Realitätsblindheit auch ganz gut. RWE zum
Beispiel ist stolz darauf, mit „gutem“, weil zuverlässigem heimischem
Braunkohlenstrom geholfen zu haben, einige energieintensive Betriebe
in Hamburg zu retten, wie etwa die Hamburger Aluminiumhütte. Die
Braunkohle in West- wie Ostdeutschland ist übrigens „unser Öl“.

Natürlich bleibt die Hamburger CO₂-Bilanz dennoch günstig. Denn
unser Strom aus dem Rheinland hat natürlich nur „regional wirksame“
CO₂-Emissionen. Mit dem gleichen Taschenspielertrick saniert übri-
gens das Land Berlin seine CO₂-Bilanz. Durch die Schließung des Flug-
hafens Tegel mindern sich die dortigen Emissionen um 7%. Dafür stei-
gen sie in Schönefeld. Aber das ist ja Brandenburg. Applaus auch für
diese „Energiewende“.

Meine Damen und Herren,
was lernen wir daraus? Zur Verlässlichkeit gehört die Ehrlichkeit. Und
ehrliche Energiepolitik kommt nicht umhin, die Speicherfrage zu stellen.
Denn der Wind bläst nicht immer dann, wenn Strom gebraucht wird.
Also müssen wir die Energie irgendwo lagern. Erneuerbare Energien
brauchen unweigerlich sehr viel Speicherplatz. Wir werden im Jahr 2020
etwa 300-mal mehr Speicherkapazität brauchen, als wir heute haben,

wenn mal zwei Wochen lang wenig Wind sein sollte. Leider fehlen uns hier die wirklich überzeugenden Technologien. Wer hier vorn ist, kann ein Milliardenvermögen verdienen und der Gesellschaft helfen. Denn bei den Speichern liegt der wesentliche Schlüssel für unsere Zukunft. RWE forscht massiv in diese Richtung, u.a. mit General Electric, Züblin und der DLR zum Thema Druckluftspeicher. Die Versuche sind vielversprechend, haben aber den technologischen Durchbruch noch nicht geschafft.

Somit sind wir auf Pumpspeicherkraftwerke angewiesen. Keine Angst, Hamburg wird davon verschont bleiben. Die topografischen Voraussetzungen finden wir bislang nur in den Mittelgebirgen. Außer, wir legen einfach mal den Bodensee 80 m höher. Wo übrigens ideale Standorte sind, da sind umgehend auch Demonstranten. Die wollen alle grünen Strom. Aber kein Pumpspeicherkraftwerk.

Ziel eines neuen Energiekonsenses muss es sein, aus den „Wutbürgern“ wieder „Mutbürger“ zu machen. Unterstützer in der Sache, die uns helfen, neue Infrastrukturen auszubauen und Energietechnologien zu entwickeln. Hier bräuchten wir etwas von dem zupackenden Optimismus, der die US-amerikanische Mentalität prägt. Es dauert lange, einen Industriestandort aufzubauen. Aber es geht schneller, ihn wieder einzurichten. Würden Sie als internationaler Konzern einen energieintensiven Betrieb in Deutschland aufmachen? Ich nicht. Denn es fehlt das Vertrauen in eine berechenbare und nachvollziehbare Politik.

Wenn es uns nicht gelingt, diese Haltung zu überwinden, werden wir die nächste Wirtschaftskrise nicht so gut überstehen. Weil wir dann eine viel geringere industrielle Basis haben in diesem Land. Mich persönlich würde das stark treffen. Denn ich bin Unternehmer durch und durch und stehe aus Leidenschaft zur Industrie in Deutschland.

Unternehmertum bedeutet, neue Wege zu gehen und „out of the box“ zu denken. Deshalb gibt RWE heute viele Millionen Euro als „Starthilfe“ an junge Gründer in den Bereichen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Weil neue Ideen und Querdenker Unterstützung brauchen. Sie ahnen gar nicht, was Sie unter dem Dach des RWE-Konzerns alles an Zukunftsideen und Innovationsbereitschaft finden!

Wir wissen aber aus über 100 Jahren Erfahrung auch, dass große Veränderungen ihre Zeit brauchen. Der Umbau der deutschen Energiewirtschaft ist eine Generationenaufgabe. Und diese wird mit dem Ziel einer 100%igen Vollversorgung auf Basis erneuerbarer Energien bis 2050 in ihrer wirtschaftlichen Dimension der Deutschen Wiedervereinigung vergleichbar sein. Also nun wirklich kein „Waldspaziergang“, wie Bundeswirtschaftsminister Brüderle zu Recht festgehalten hat. Schon derzeit langt der Staat mit über 40% beim Strompreis zu. Ich sage Ihnen voraus, dass dieser Anteil noch deutlich steigen wird. Auch das gehört zur Ehrlichkeit. Genauso wie die Feststellung, dass wir derzeit unsere Aufgaben an andere delegieren. „Beggar thy neighbour“ sozusagen. Wir importieren jetzt während des Moratoriums vermehrt Strom aus Tschechien und Frankreich. Aus Kernenergie und Braunkohle. Wegen des Moratoriums. Ich wage mal folgende Prognose: Der Unternehmenswert von RWE läge um die Hälfte höher, wenn unsere Kernkraftwerke in Frankreich und unsere Braunkohlevorräte in Tschechien lägen.

Deutschland ist dagegen stolz, 50% der weltweit installierten Photovoltaik-Leistung vorzeigen zu können. Bei einer durchschnittlichen Sonneneinstrahldauer, die der von Alaska gleicht. Dort Ananas züchten wäre günstiger – aber das hatte bereits Franz Josef Strauß von sich gewiesen. Im letzten Winter waren in Schleswig-Holstein übrigens die Wärmestrahler ausverkauft. Weil viele Landwirte vor Sylvester das Dach schneefrei halten mussten. Sie wollten noch rasch neue Photovoltaik-

Module anschließen, bevor die nächste Förderkappung kam. Ja, Geldverbrennung ist eine zulässige Form der Energieerzeugung. Aber keine sinnvolle und keine einer Wissensgesellschaft würdige. Wo die Grenzen der Erneuerbaren liegen, hat uns zuletzt die Diskussion um „E-10“ gezeigt. Ich zitiere den Kabarettisten Mathias Richling, der unseren ungeliebten Biosprit aus der Sicht eines Afrikaners kommentierte: „Da fährt ja mein Hirsebrei.“ Auch hier hätten Ethik-Kommissionen einiges zu prüfen.

Meine Damen und Herren,

wenn man den Energieversorgern einen Vorwurf machen kann, dann den, dass sie zu spät mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien angefangen haben. Hier wurde bis in das neue Jahrtausend hinein zu lange gezögert. Bei RWE sorgt seit 2007 ein „zugewandertes“ Hamburger Urgestein, Fritz Vahrenholt, für eine grüne Welle und mit einem Investvolumen von über 1 Mrd. Euro p.a. für den Umbau in Richtung Erneuerbare. Und das ist gut so. Den von der Politik gewollten Strukturwandel kann es nur mit den Konzernen und nicht gegen sie geben. Wir haben das technische und kommerzielle Know-how.

Ein zweiter Vorwurf ist ebenfalls richtig: Die Energieversorger haben sich zu lange der europäischen Dimension der Energiepolitik verweigert. Und Unterstützung zu sehr im nationalen Umfeld gesucht. Wenn es uns ernst ist mit dem Ausstieg aus der Kernkraft, dann müssen wir auf eine europäische Lösung drängen. Denn keine Stadt in Deutschland wird in Zukunft weiter als 300 km von einem Atomkraftwerk entfernt sein, auch wenn alle deutschen Meiler abgeschaltet sind. Europa, Deutschland, jeder von uns gewinnt nichts an Sicherheit, wenn die aussteigen, die bislang für die höchsten Sicherheitsstandards geworben und sie eingehalten haben. Nach Japan stellen wir fest, dass wir dringend mehr europäische Harmonisierung brauchen. Und dies sage ich nicht alleine deshalb, weil der deutsche Energiekommissar Oettinger exzellente Arbeit macht. Dies sage ich auch, weil es keinen anderen sinnvollen und Erfolg versprechenden Weg einer Erneuerung unserer Energiebasis geben kann ohne eine verstärkte europäische Zusammenarbeit.

Zukunftsträchtige Vorhaben wie das Wüstenstromprojekt „Desertec“ oder „Seatec“, der Stromtausch zwischen Großbritannien, Skandinavien und Festland-Europa über Nord- und Ostsee, zeigen, dass die europäische Koordination in Energiefragen immens wichtig wird. Strom, Wettbewerb und auch der Emissionshandel kennen keine Grenzen. Umso wichtiger und sinnvoller ist es, erneuerbare Energien jeweils dort einzusetzen, wo der „Stromertrag“ am höchsten ist. Also Solarenergie in Spanien und Wind an der Nordsee. Summa summarum kostet uns die Energiewende hin zu den Erneuerbaren rund 150 Milliarden Euro weniger, wenn wir die jeweils günstigsten Standorte in Europa wählen, statt regionale Partikularinteressen zu pflegen.

Meine Damen und Herren,

Europa ist im Umbruch. Der Energiemarkt ist im Umbruch. Auf die Politik ist selten Verlass. Und das Dessert wartet auch schon. Es muss an meinem sonnigen Gemüt liegen, dass ich in dieser Lage nicht zweifle. Aber ich bin nun mal ein rationaler Optimist. Ich glaube daran, dass es möglich ist, die Zukunft und den Fortschritt zu gestalten – wenn wir mit Wagemut, Verlässlichkeit, aber auch mit einem gewissen Maß an Ruhe an die Dinge gehen. Und natürlich mit einem guten Schuss Selbstironie – also all jenen Eigenschaften, die Hamburger Kaufleute ausmachen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. ■